

HEUSS-FORUM
3/2016

Dierk Hoffmann

**Wirtschaftsliberalismus bei
den Grünen? Von der Kapitalis-
muskritik der Gründungsphase
bis zur Agenda 2010**

Theodor-Heuss-Kolloquium 2016
**Die neoliberale Herausforderung und
der Wandel des Liberalismus im späten
20. Jahrhundert**
3.–4. November 2016

In Kooperation mit dem
Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE
FORSCHUNG 

Dierk Hoffmann

Wirtschaftsliberalismus bei den Grünen? Von der Kapitalismuskritik der Gründungsphase bis zur Agenda 2010

„Grüne Marktwirtschaft setzt einen effektiven Ordnungsrahmen. [...] Der Ordnungsrahmen verhilft der nötigen Vernunft zum Durchbruch, ohne die Produzenten und Konsumenten in ihrer wirtschaftlichen Freiheit zu hindern. [...] Grüne Marktwirtschaft stärkt die wirtschaftliche Freiheit und selbstbestimmtes Handeln durch einen fairen Marktzugang, Begrenzung von Marktmacht, Stärkung des Wettbewerbs [und durch den] Abbau überflüssiger Bürokratie. [...] Was [Unternehmens]Gründungen hemmt, muss abgebaut werden.“¹

Mit diesen Aussagen umreißt die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen auf Ihrer Homepage aktuell ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Klingen diese Sätze wie aus dem ordoliberalen Lehrbuch, wie ein FAZ-Artikel unter Verweis auf ähnlich lautende Passagen des nach wie vor gültigen Grundsatzprogramms von 2002 behauptet?² Nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Deutschen Bundestag 2013 wurde in derselben Tageszeitung jedenfalls die Vermutung geäußert, die Grünen würden nun „ihr liberales Herz“ entdecken und sich zur „legitimen Erbin der siechen FDP“ erklären. Zu dieser Diagnose scheinen auch die Meldungen Anfang 2015 zu passen, die Partei wolle mit einem neuen Wirtschaftskonzept auf Unternehmer zugehen. Insbesondere der baden-württembergische Minis-

¹ <https://www.gruene-bundestag.de/themen/wirtschaft/die-gruene-marktwirtschaft.html>.

² Ralph Bollmann: Die Grünen entdecken ihr liberales Herz, in: faz-net vom 7.10.2013.

terpräsident Winfried Kretschmann hat kürzlich angekündigt, die Grünen als Wirtschaftspartei stärker zu profilieren. Belegen diese Aussagen schon wirtschaftsliberale Strömungen bei den Grünen, und wie entwickelte sich ihre wirtschaftspolitische Konzeption seit der Gründung der Partei? Haben sich die Grünen von einer eher kapitalismuskritischen hin zu einer teilweise marktliberalen Position gewandelt? Dabei kann im Folgenden nur ein erster Werkstattbericht präsentiert werden, da der Untersuchungszeitraum sehr weit gesteckt ist und Grundlagenliteratur eigentlich nicht vorhanden ist – bis auf die sehr gute ideengeschichtliche Studie von Silke Mende zur Gründungszeit und die etwas statisch wirkende diskursgeschichtliche Überblicksdarstellung von Frieder Dittmar, die sich auf die Programmdebatte auf den Bundesversammlungen konzentriert.³ Insofern können also an dieser Stelle nur thesenhaft einige Schlaglichter auf den Untersuchungsgegenstand geworfen werden. Dies soll auf drei unterschiedlichen Ebenen geschehen: Der Vortrag geht erstens auf die Wirtschaftsprogrammatische der Grünen in den Anfangsjahren ein, untersucht zweitens Struktur und Funktion der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und geht drittens auf die Frage nach Brüchen und Kontinuitäten auf einem sozialpolitischen Politikfeld ein, der Rentenpolitik. Dabei wird die Einführung der Riesterrente 2001 als ein Teil der sozial- und wirtschaftspolitischen Strukturveränderungen begriffen, die unter der rot-grünen Bundesregierung durchgeführt wurden. Abschließend soll noch einmal auf die eingangs gestellte Frage Bezug genommen und ein vorläufiges Fazit gezogen werden.

³ Silke Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen (= Ordnungssysteme, Bd. 33), München 2011; Frieder Dittmar: Das Realo-Fundi-Dispositiv. Die Wirtschaftskonzeption der Grünen, Marburg 2007.

1. These: In der wirtschaftspolitischen Debatte überwogen bei den Grünen von Anfang an gemäßigte Positionen

In der Parteigründung der Grünen 1980 spiegelten sich bekanntlich die wachsenden Unsicherheiten gegenüber Ordnungsmustern und Schlüsselkategorien der modernen Industriegesellschaft wider, die den Wandel der westdeutschen Gesellschaft ‚nach dem Boom‘ charakterisiert hatten. Mit dem Bericht des *Club of Rome* von 1972 waren die Begriffe ‚Wachstum‘ und ‚Fortschritt‘ immer mehr in die Kritik der westlichen Öffentlichkeit geraten. An diese Debatten konnten die Grünen anknüpfen und später etwa den Begriff des ‚qualitativen Wachstums‘ mit prägen. Gleichzeitig versuchten die Grünen Antworten zu finden, die aufgrund des Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft über den fordistischen Arbeitsbegriff und das damit verbundene Sozialstaatsmodell hinausgingen. Angesichts steigender Arbeitslosigkeit und einer zunehmenden Anzahl an Sozialhilfeempfänger begann sich in der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eine Debatte über die ‚Zukunft der Arbeitsgesellschaft‘ und die ‚neue Armut‘ zu entwickeln. Für die Grünen galt es konkret Stellung zu beziehen. Dabei standen frühzeitig arbeitsmarkt- und sozialpolitische Themen ganz oben auf der Agenda.

Die Grünen waren zwar von Anfang an auf der Suche nach einem eigenständigen wirtschaftspolitischen Programm, das sich von den konzeptionellen Überlegungen der etablierten Parteien der Bonner Republik deutlich unterscheiden sollte. Bei der Umsetzung zeigte sich aber, wie schwer es den Gründungsgrünen fiel, in diesem Politikfeld eine klare Konzeption zu entwickeln. Das hing zum einen damit zusammen, dass Frieden und Ökologie offenbar die vorherrschenden Themenfelder waren, bei denen die Grünen rasch gegenüber CDU/CSU, SPD und FDP punkten konnten. Das hing zum

anderen aber auch mit der Heterogenität der Partei zusammen, deren Gründung 1980 aus einer Vielzahl außerparlamentarischer Bewegungen hervorgegangen war, und den damit verbundenen Sollbruchstellen, die die innerparteilichen Debatten in den 1980er Jahren nachhaltig prägten.

Die Grünen haben sich bereits vor ihrem ersten Einzug in den Bundestag mit arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragen beschäftigt. Dabei zeigten sich schnell die zum Teil gegensätzlichen Positionen. Erst die gemeinsame Kritik an der westlichen Konsumgesellschaft konnte als Brückenfunktion zwischen den einzelnen innerparteilichen Strömungen dienen, wie Silke Mende nachgewiesen hat.⁴ Bei der Verabschiedung der Wahlplattform zur Bundestagswahl 1980 musste das Verhältnis zwischen Ökologie und Ökonomie noch offengelassen werden; ein geplantes Papier zu dieser Thematik kam nicht zustande. Die Wahlplattform stellte jedoch eine kleine Niederlage der K-Gruppen dar, denn im ersten Satz des Wirtschaftsteils war von den Grenzen des Wachstums und den limitierten Rohstoffreserven die Rede, eine Formulierung, die den orthodoxen Linken in der Partei ein Dorn im Auge war, legte er doch die Forderung nach Verzicht nahe. Der Rückschlag bei der Bundestagswahl 1980 und das Ausbleiben von Mandaten nahm dem innerparteilichen Streit die Schärfe und führte dazu, dass eine Entscheidung zunächst vertagt wurde.

1982 wollte die Parteiführung die Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Dafür schien die Ausgangslage günstig zu sein, denn die Bundesrepublik befand sich nach dem zweiten Erdölpreisschock in einer schweren Rezession. Für großes öffentliches Aufsehen sorgte der dreitägige

⁴ Vgl. Mende, „Nicht rechts, nicht links“.

Kongress ‚Zukunft der Arbeit‘, der Anfang Oktober 1982 in Bielefeld stattfand und vom dortigen AStA organisiert wurde. Zum Trägerkreis der Veranstalter gehörten nicht nur die Grünen, sondern auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, der gewerkschaftsnahe ‚Arbeitskreis Leben‘ sowie die Jusos. Zum Bielefelder Kongress erschien ein umfangreicher Reader, in dem weniger grüne Parteiprogrammatik als vielmehr der Streit zwischen unterschiedlichen linken bzw. linksliberalen wirtschaftspolitischen Positionen dokumentiert wurde. Unter den über 2.000 Teilnehmern fanden sich nicht nur „weite Teile der bundesdeutschen Linken“, sondern auch Jungdemokraten.⁵

Beflügelt vom medialen Erfolg wollte der Bundesvorstand nun endlich ein wirtschaftspolitisches Programm ausarbeiten und auf der Bundesdelegiertenversammlung in Hagen im November 1982 verabschieden lassen. Dieser Plan scheiterte jedoch. Ein Entwurf der im August 1982 gebildeten Bundeswirtschafts-Arbeitsgemeinschaft war bereits im Vorfeld auf heftige Kritik in den Kreis- und Landesverbänden gestoßen. So monierte etwa der Kreisverband Ebersberg „unreflektierte marxistische Aussagen über die Ursachen unserer Wirtschaftsweise“.⁶ Die Kreisverbände Augsburg-Stadt und Augsburg-Land hielten den Entwurf in einer gemeinsamen Stellungnahme für „derart unbefriedigend“, dass er als Grundlage für eine Beschlussfassung für ein Wirtschafts- und Arbeitsmarktprogramm nicht verwendet werden könne, und beantragten eine

Zurückstellung des Tagesordnungspunktes.⁷ Angesichts von über 1.000 Änderungs- und Ergänzungsanträgen und mehreren eingereichten Alternativkonzepten einzelner Kreisverbände sah sich die Bundesgeschäftsstelle schließlich dazu gezwungen, die vorgesehene Beschlussfassung auf einen Sonderparteitag im Januar 1983 zu vertagen und stattdessen der Diskussion auf der Bundesdelegiertenversammlung in Hagen einen breiten Raum einzuräumen.

Auf dieser Versammlung, die am 15./16. Januar 1983 vor dem Hintergrund der vorgezogenen Bundestagswahl stattfand, gaben sich die Grünen erstmals ein sozial- und wirtschaftspolitisches Programm, und zwar unter dem neuen Titel „Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau: Sinnvoll arbeiten – solidarisch leben“. Das als „Sindelfinger Sofortprogramm“ bekannte Papier war der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die einzelnen Parteiströmungen einigen konnten. Der Kompromisscharakter fand sich nicht nur in der Überschrift, sondern auch in der Präambel wieder, in der konkrete wirtschaftspolitische Zielvorstellungen weitgehend fehlten. Die Sorge, ein weiterer, offen ausgetragener Streit könnte die Aussichten bei der bevorstehenden Wahl schmälern, bewog die Delegierten vermutlich dazu, den von einer Dreierkommission überarbeiteten Entwurf fast ohne Änderungen anzunehmen. Zu dieser Kommission gehörten die beiden Sprecher des Bundesvorstands Rainer Trampert und Manon Maren-Grisebach sowie Joachim – genannt „Jo“ – Müller vom Landesverband Bremen, der auf seiner Vorlage handschriftlich vermerkte: „Ein Gemisch unterschiedlicher Positionen – und mehr kann er

⁵ Vgl. Dittmar, *Realo-Fundi-Dispositiv*, S. 152.

⁶ Archiv Grünes Gedächtnis (AGG), B.I.1, Bd. 18, Globalantrag des Kreisverbands Ebersberg vom 3.11.1982 zum vorgelegten Entwurf des Bundeswirtschafts-AK zur Bundesversammlung in Hagen.

⁷ Ebd., Anträge der Kreisverbände Augsburg-Stadt und Augsburg-Land vom 4.11.1982 zur Bundesdelegiertenversammlung in Hagen.

auch nicht sein.“⁸ Bei den vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen avancierte die Arbeitsumverteilung zum Schlüsselprojekt grüner Arbeitsmarktpolitik. Dabei betrachtete die Partei die in der bundesdeutschen Öffentlichkeit bereits stark diskutierte 35-Stunden-Woche „nicht als langfristiges Endziel, sondern als Nahziel, das so schnell wie möglich erreicht werden muss.“ Das Programm enthielt jedoch nicht nur Passagen zur Arbeitszeitverkürzung, sondern auch zur Flexibilisierung von Arbeitszeit. Gleichzeitig wollte das Programm die gesellschaftliche Eigeninitiative und Selbstorganisation stärken und listete dazu einige Alternativprojekte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf (Stichwort: Arbeitsloseninitiativen).

Das Sindelfinger Sofortprogramm war über weite Strecken zweifellos ein „additiv zu Stande gekommene[r], formelhafte[r]“ Kompromiss,⁹ der einerseits konkrete Antworten auf die Massenarbeitslosigkeit enthielt, der aber andererseits eine eindeutige wirtschaftspolitische Positionierung vermied. Eine Entscheidung wurde erneut vertagt; stattdessen standen miteinander konkurrierende Ansätze im verabschiedeten Programm einfach nebeneinander. Bei der Sichtung der eingereichten Änderungswünsche fällt jedoch auf, dass sich linkssozialistische Positionen in der Minderheit befanden, und das entgegen der öffentlichen Wahrnehmung in der Presse. So sprach sich etwa der Landesverband Baden-Württemberg für das „Beibehalten einer freien Marktwirtschaft“ aus.¹⁰ Nur sie garantiere eine

„ausreichende, den Wünschen der Menschen entsprechende Versorgung von Gütern“. Gleichzeitig wurde vor einem „Paralysieren der Wirtschaft durch Radikalkuren“ gewarnt.

2. These: Obwohl die BAG Wirtschaft zur Schärfung des wirtschaftspolitischen Profils der Partei erheblich beitrug, gewann sie jedoch erst nach 1990 an Bedeutung

Als „Anti-Parteien-Partei“ versuchten die Grünen von Anfang an neue Wege zu gehen, um die enge Anbindung der Mandatsträger an die Parteibasis langfristig zu sichern. In dem Zusammenhang nahm vor allem das imperative Mandat eine Schlüsselfunktion im Selbstverständnis der Partei ein. Darüber hinaus schuf die erste Bundestagsfraktion organisatorische Strukturen, die das Mitwirkungsrecht der Parteibasis stärken sollten. Nach dem Einzug in den Bundestag errichtete die Fraktion beispielsweise rund 40 Regionalbüros, die weitgehend den Wahlkreisbüros der anderen Parteien entsprachen. Zusätzlich dazu wurden zu wichtigen politischen Themenfeldern Bundesarbeitsgemeinschaften gebildet, die „zwischen der parteiprogrammatischen Ebene einerseits und dem parlamentarischen Alltagsgeschäft andererseits vermitteln und so für eine Anbindung der Fraktion an die Problemsicht und Kenntnisse der außerparlamentarischen Bewegung“ zu sorgen hatten.¹¹ Einen entsprechenden Beschluss fasste zwar die Bundesdelegiertenversammlung in Sindelfingen – die Bundeswirtschafts-Arbeitsgemeinschaft (aus

⁸ AGG, B.I.1, Bd. 23, Vorlage der Bundeswirtschafts-AG der Grünen zur Bundesdelegiertenversammlung am 15./16.1.1983 in Stuttgart-Sindelfingen.

⁹ Dittmar, Das Realo-Fundi-Dispositiv, S. 179.

¹⁰ AGG, Petra-Kelly-Archiv (PKA), Bd. 3540, Thesenpapier zur Wirtschaftspolitik der Grünen vom Redaktionsausschuss des Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen des Landesverbandes Baden-

Württemberg (Rudolf Kießlinger und Hans Weisbart), S. 1.

¹¹ Die Grünen im Bundestag. Sitzungsprotokolle und Anlagen 1983-1987 (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, IV. Reihe, Bd. 14/1). Bearbeitet von Josef Boyer und Helge Heidemeyer unter Mitwirkung von Tim B. Peters, Düsseldorf 2008, S. LVII.

der später die BAG Wirtschaft hervorging) hatte aber, wie bereits erwähnt, zuvor schon bestanden.

Die BAG Wirtschaft, in der kurzzeitig auch Jutta Ditfurth saß, hatte in den 1980er Jahren – wie auch die übrigen Arbeitsgemeinschaften – mit zwei Problemen zu kämpfen, die die inhaltliche Arbeit und die Außenwirkung erheblich einschränkten: Erstens war die Finanzierung lange Zeit umstritten. Der Bundesrechnungshof hatte im Juni 1983 mit dem Hinweis auf das Parteienfinanzierungsgesetz grundlegende Einwände geäußert, denn die Bundesarbeitsgemeinschaften stellten eine Einrichtung der Partei dar, deren Arbeit nicht durch Fraktionsmittel bestritten werden könne. Die BAGs mussten sich deshalb darauf beschränken, die Bundestagsfraktion in ihrer Arbeit zu unterstützen. Das wiederum widersprach aber dem ursprünglichen Parteauftrag, der einen übergeordneten Arbeitszusammenhang vorsah, und zwar jenseits der Parlamentsarbeit. Damit waren Aufgabenbereiche aus der Zuständigkeit der Fraktion herausgelöst und zum Teil einem Parteigremium übertragen worden, das nicht aus Wahlen legitimiert war. Die BAGs waren nämlich grundsätzlich für alle interessierten Parteimitglieder offen. Dieser Konflikt konnte erst Ende 1985 entschärft werden, als die Partei auf einer Bundesversammlung in Hagen beschloss, die Finanzierung der Arbeitsgemeinschaften vollständig zu übernehmen.

Zweitens standen die BAGs lange Zeit im Schatten der sechs Arbeitskreise der Fraktion, die „der Motor der sachlichen Arbeit“ waren.¹² Sie tagten regelmäßig, anfangs einmal wöchentlich, und hatten ihrerseits Unterarbeitskreise. Komplementär zur BAG Wirtschaft gab es somit einen Arbeitskreis ‚Haushalt, Wirtschaft, Finanzen, selbstverwaltete Betrie-

be‘, in dem in der Legislaturperiode von 1983 bis 1987 Jo Müller, Eckhard Stratmann, Willi Tatge und die Fraktionssprecherin Marieluise Beck-Oberdorf den Ton angaben. Die bestehende Rivalität zwischen Partei und Fraktion fand seine Fortsetzung im ebenfalls strukturell bedingten Konkurrenzverhältnis zwischen BAGs und Fraktionsarbeitskreisen. Letztere waren aufgrund der materiellen und personellen Ausstattung aus Mitteln des Bundestags deutlich im Vorteil.

Die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 stellte zweifellos einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Grünen dar. Als die Wahllokale schlossen und die ersten Hochrechnungen kamen, war schnell klar, dass nach zwei Legislaturperioden erst einmal Schluss war mit grüner Parlamentsarbeit im Deutschen Bundestag. Mit 4,8 Prozent der im Wahlgebiet West abgegebenen Zweitstimmen hatten die westdeutschen Grünen eine deutliche Schlappe erlitten. Aufgrund einer Sonderregelung zogen acht Mandatsträger von Bündnis 90 in die erstmals gesamtdeutsche Volksvertretung, die allerdings keinen Fraktionsstatus erhielten. Mit der Wahlniederlage verloren alle bisherigen Mandatsträger und ein Großteil der Mitarbeiter und Referenten ihren Job. Als 1990/91 auch noch viele Köpfe des linken Flügels ihrer Partei den Rücken kehrten, die bis dahin vor allem die arbeitsmarktpolitische Ausrichtung der Grünen maßgeblich mitbestimmt hatten, verschoben sich die innerparteilichen Gewichte: So waren erfahrene und prominente Fundis, wie etwa Jürgen Reents, Thomas Ebermann, Rainer Trampert und die bereits erwähnte Jutta Ditfurth nicht mehr mit an Bord. Mit der Wahlniederlage gab es auch keine Fraktionsarbeitskreise mehr; im Gegenzug gewannen die teilweise neu gebildeten BAGs (ab 1993: BAG Wirtschaft/Finanzen) an Bedeutung, in denen Vertreter aus den Landesverbänden saßen. Die späteren Karrieren von Gerhard Schick oder

¹² Ebd., S. XLI.

Christine Scheel und Oswald Metzger, die sich nach dem Wiedereinzug in den Bundestag 1994 schnell den Ruf als Finanzexperten der Partei erwarben, lassen sich teilweise vor diesem Hintergrund erklären.

Der personelle Wechsel in der BAG Wirtschaft ging mit einer inhaltlichen Neuausrichtung der Partei einher, die bereits kurz vor der Bundestagswahl 1990 einsetzte. Im Kern ging es darum, neue Wege bei der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie auszuloten und dabei auch Berührungängste im Umgang mit dem politischen Gegner – insbesondere zur CDU – abzubauen. 1988 hatte die grüne Bundestagsfraktion eine parlamentarische Initiative gestartet, die darauf abzielte, die Bundesregierung zu einer umweltökonomischen Berichterstattung zu bewegen. Parallel zum Jahreswirtschaftsbericht sollte es regelmäßig einen Jahresbericht zu den ökologischen Folgekosten der bundesdeutschen Wirtschaft geben. Den Wirtschaftsexperten der Grünen ging es aber noch um sehr viel mehr: Sie wollten das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 reformieren und „ein neues Grundgesetz für die Wirtschaftspolitik“¹³ schaffen, das freilich den wirtschaftspolitischen Ordnungsrahmen der *Sozialen Marktwirtschaft* nicht in Frage stellte. 1989 bildete sich dann eine interfraktionelle Arbeitsgruppe im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestags mit Josef Grünbeck (FDP), Dietrich Sperling (SPD), Eckhard Stratmann (Die Grünen) und Kurt Biedenkopf (CDU). Der christdemokratische Querdenker und spätere sächsische Ministerpräsident hielt auf der ersten von den Grünen mit organisierten deutsch-deutschen Konferenz ‚Ökologisches Wirtschaften‘ am 6. April 1990 in

¹³ Eckhard Stratmann-Mertens / Rudolf Hickel / Jan Prieue (Hg.): Wachstum. Abschied von einem Dogma. Kontroverse über eine ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik, Frankfurt am Main 1991, S. 9.

Leipzig nach eigenen Angaben seine erste umweltpolitische Rede.¹⁴

3. These: Die Zustimmung der Grünen zur Teilprivatisierung der Rentenversicherung 2001 war kein Bruch mit den sozialpolitischen Vorstellungen der Partei

Die Staatskritik der Grünen (Stichwort: Atomstaat und Überwachungsstaat) beinhaltete von Anfang an auch eine Kritik am bundesdeutschen Sozialstaat, dessen Umbau die Partei bereits 1983 gefordert hatte. Bemängelt wurden insbesondere dessen „bürokratische Strukturen[, die] als autoritär, entmündigend und obrigkeitstaatlich“ empfunden wurden.¹⁵ Die Grünen machten sich in dem Zusammenhang für eine Neuausrichtung der primär erwerbsbezogenen Sozialpolitik stark, da der Industriegesellschaft in zunehmenden Maße die bezahlte Arbeit ausgehe.¹⁶ Dabei schälten sich rasch zwei Zielvorstellungen heraus: Die Partei sprach sich erstens für ein existenzsicherndes Grundeinkommen aus und verlangte zweitens die Bevorzugung von privaten und/oder gesellschaftlichen, d.h. vor allem nichtstaatlichen Initiativen. Da der Staat mit seinen Versorgungsleistungen nicht aus der Not befreie, sondern neue Abhängigkeiten schaffe,¹⁷ wollten die Grünen im Sinne einer Dezentralisierung das Prinzip der Gemeinschaft stärken – jenseits von Staat und Markt. Das grüne Modell einer „bedarfsorientierten Grundsicherung

¹⁴ Kurt H. Biedenkopf: Von Bonn nach Dresden. Aus meinem Tagebuch Juni 1989 bis November 1990, München 2015, S. 178.

¹⁵ Antonia Gohr: Grüne Sozialpolitik in den 80er Jahren – Eine Herausforderung für die SPD (= ZeS-Arbeitspapier Nr. 5/02), Bremen 2002, S. 8.

¹⁶ AGG, B.II.2, Bd. 392, Thesen von Margherita Zander zur Aktualität einer bedarfsorientierten Grundsicherung (o. D.), S. 1.

¹⁷ Gohr, Grüne Sozialpolitik in den 80er Jahren, S. 9.

in allen Lebenslagen“¹⁸ von 1986 zielte darauf ab, „Armut zu verhindern und insbesondere auch eine eigenständige Einkommenssicherung für Frauen in einem für die ganze Bevölkerung einheitlichen Sicherungssystem aufzubauen“. Diese Form der Grundsicherung, deren Finanzierung in den Planspielen über Steuern erfolgte, sollte allen Bürgern ein Einkommen in einer Höhe gewährleisten, die eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherstellt. Diese Konzeption floss zwar in eine Gesetzesinitiative der Grünen im Bundestag Anfang 1993 ein, war aber innerparteilich umstritten. Reinhard Bütikofer, Peter Sellin, aber auch Marieluise Beck hielten die bedarfsorientierte Grundsicherung für „nicht finanzierbar“ und „unseriös“¹⁹ – vor allem angesichts des Festhaltens an der raschen Angleichung der Ost-Einkommen an das Westniveau.

Bei den Vorbereitungen auf die Bundestagswahl 1998 hielten die Grünen an dem Ziel der Einführung einer Grundsicherung nach wie vor fest; gleichzeitig sahen ihre Pläne aber eine langfristige Senkung des Rentenniveaus vor.²⁰ Außerdem griffen die Grünen einen in der Öffentlichkeit bereits diskutierten Begriff auf, der zu einem schillernden Leitbegriff avancierte, den älteren Begriff des ‚Generationenvertrages‘ mehr und mehr verdrängte und der auch der rentenpolitischen Positionierung der Partei einen neuen Dreh gab: Es geht um die sogenannte Generationengerechtigkeit, dem „privatisierungsnahe Experten“²¹ wie z.B.

Bernd Raffelhüschen einen quasi wissenschaftlichen Gütesiegel aufdrückten.

Nach der Regierungsübernahme durch Rot-Grün unter Bundeskanzler Gerhard Schröder trug der grüne Regierungspartner die rentenpolitische Umsteuerung der Modernisierer in der SPD mit, erblickte er doch in der kapitalgedeckten Teilprivatisierung ein Element der Generationengerechtigkeit, das der Partei, die eine „bürgerlich-akademische Mittelschichtklientel mit einem Gutteil an jüngeren Wählern“²² vertrat, auch aus wahltaktischen Gründen notwendig erschien. Gerech, so ein internes Diskussionspapier vom Oktober 1999, kann „eine soziale Sicherung dann sein, wenn sie zwischen heute Lebenden und den künftigen Generationen einen Interessenausgleich herstellt“.²³ Die Parlamentarische Geschäftsführerin und rentenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Katrin Göring-Eckardt begründete die geplante Umsteuerung mit dem Hinweis, die alte Regierung unter Helmut Kohl habe schließlich „die Interessen der alten Generation über einen Ausgleich zwischen Alt und Jung gestellt“.²⁴ Bei der abschließenden Beratung der Riester-Reform im Bundestag wies sie darauf hin, dass die Grünen gern sogar noch einen Schritt weitergegangen wären: „durch noch geringere Beiträge, damit den Leuten noch mehr im Portemonnaie verbleibt, vielleicht auch ein noch geringeres Rentenniveau, um die Notwendigkeit einer privaten

¹⁸ AGG, B.II.2, Bd. 392, Thesen von Margherita Zander zur Aktualität einer bedarfsorientierten Grundsicherung (o. D.), S. 2.

¹⁹ AGG, B.II.2, Bd. 326, offener Brief von Daniel Kreutz (MdL NRW) vom 2.11.1993.

²⁰ AGG, B.II.3, Bd. 309 1/2, Artikel in der Frankfurter Rundschau vom 14.10.1997 („Grüne arbeiten am ‚krisensicheren‘ Sozialstaat“).

²¹ Hans Günter Hockerts: Abschied von der dynamischen Rente. Über den Einzug der Demographie

und der Finanzindustrie in die Politik der Alterssicherung, in: Ders., Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945, Bonn 2012, S. 294-324, hier S. 312.

²² Ebd., S. 317.

²³ AGG, A – Kristin Heyne, Bd. 169, internes Diskussionspapier von Thea Dücker (MdB) vom 25.10.1999.

²⁴ Ebd., internes Diskussionspapier von Katrin Göring-Eckardt vom 29.10.1999, S. 4.

Zusatzvorsorge deutlicher zu unterstreichen“.²⁵ Mit der Teilprivatisierung der Alterssicherung wurde letztlich das Prinzip der Lebensstandardsicherung als Leitkriterium der gesetzlichen Rentenversicherung vom Ziel der Beitragsstabilität abgelöst.

Fazit

Zugegeben: Die eingangs gestellte Frage ist provokativ, grobschlächtig und lässt sich so pauschal kaum seriös beantworten. Der Begriff ‚Wirtschaftsliberalismus‘ ist äußerst schillernd; er wurde und wird im öffentlichen Diskurs – nicht erst seit der Banken- und Finanzkrise – als politischer Kampfbegriff verwendet. Mit Bezug auf das Vortragsthema kann zunächst einmal ein scheinbares Paradoxon festgehalten werden: Obwohl die Grünen bis heute kein kohärentes wirtschaftspolitisches Programm besitzen, haben sie sich von Anfang an zu wirtschaftspolitischen Themen geäußert. Bei der Untersuchung insbesondere der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Leitbilder der Grünen stechen drei Ergebnisse besonders hervor: Erstens ist mit dieser Fehlstelle eine relative Offenheit bei der konkreten Ausformulierung von Politikzielen zu konstatieren. Das zeigte sich zum einen bei der Anschlussfähigkeit an andere Themenfelder, die für die Grünen von zentraler Bedeutung waren: von der Rüstungspolitik über die Umwelt- und Energiepolitik bis hin zur Frauenpolitik. Das zeigte sich zum anderen aber auch im Umgang mit anderen politischen Parteien, etwa in sozialpolitischen Fragen zur CDU (Stichwort: Subsidiaritätsprinzip). Zweitens gilt es die längerfristigen Traditionslinien einer grünen Sozialpolitik zu unterstreichen, die sich in einer Betonung der Eigeninitiative und der De-

regulierung niederschlugen. Die Skepsis vor einem scheinbar überbordenden Sozialstaat ermöglichten es den Grünen sehr viel leichter als der SPD, den Paradigmenwechsel mit der Riester-Rente zu vollziehen. Drittens sorgte die Professionalisierung der Partei für einen relativ raschen Wandel des Sozialprofils der wirtschaftspolitischen Experten. In der BAG Wirtschaft kamen ab Mitte der 1990er Jahre in verstärktem Maße Volks- und Betriebswirte zum Zuge, die, wie das Beispiel von Gerhard Schick zeigt, auch enge berufliche Verbindungen zu Verfechtern eines mehr oder weniger offen propagierten Wirtschaftsliberalismus hatten.

Zitation:

Dierk Hoffmann: Wirtschaftsliberalismus bei den Grünen? Von der Kapitalismuskritik der Gründungsphase bis zur Agenda 2010, in: HEUSS-FORUM 3/2016, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_3_2016.

²⁵ Zitiert nach: Hockerts, Abschied von der dynamischen Rente, S. 317.